19. 1. Auf welchem Wege ist seitens eines Prozeßbeteiligten eine Berichtigung des Protokolls über die Hauptverhandlung herbeizuführen?

St.P.D. §§. 271. 273.

2. Macht die Vernehmung des Nebenklägers in der Hauptverhandlung als Zeuge zur Sache dessen Beeidigung erforderlich?

St.P.D. §§. 60. 437.

Vgl. Bd. 2 Nr. 161.

III. Straffenat. Ur. v. 20. Novemb. 1880 g. R. Rep. 2323/80.

I. Landgericht Münster.

Aus den Gründen:

„Soweit Angeklagter zur Beschwerde zieht, daß sein nach der Hauptverhandlung gestellter Antrag auf Richtigstellung des Protokolls ohne sachliche Prüfung vom Vorsitzenden der Strafkammer durch Bezugnahme auf die §§. 273 und 274 St.P.D. abgelehnt worden ist, so muß allerdings zugegeben werden, daß der Vorsitzende, welcher mit dem Gerichtsschreiber das von letzterem aufgenommene Protokoll zu unterzeichnen und damit zu beglaubigen hat, eine nachträgliche Bemängelung des Protokolls seitens eines Prozeßbeteiligten nicht einfach mit der Berufung auf die angezogenen Paragraphen der Strafprozeßordnung zurückweisen kann. Denn da die Verlesung des Protokolls, abgesehen von dem Falle des §. 273 Abs. 3 St.P.D., nicht vorgeschrieben ist und in nicht seltenen Fällen das Protokoll erst nach der

Hauptverhandlung fertig gestellt wird, so kann den Prozeßbeteiligten die Möglichkeit nicht abgeschnitten sein, eine Berichtigung des Protokolls durch entsprechende Anträge bei dem Vorsitzenden herbeizuführen. Letzterer darf sich der sachlichen Prüfung derselben nach Anhörung des Gerichtsschreibers nicht entziehen. Lehnt er diese Prüfung ab, so ist Beschwerde zulässig. Wird der Beschwerdeweg aber nicht eingeschlagen und gelangt das Protokoll ohne Berichtigung in die Revisionsinstanz, so hat der Revisionsrichter das Protokoll als alleiniges Beweisdokument für die bezeugten Verhandlungsakte, ihre Art und Reihenfolge zu nehmen und eine Aufsechtung des Protokolls nur bei gleichzeitigem Nachweise der Fälschung zu beachten. Den Beschwerdeweg hat nun Angeklagter nicht betreten. Das Protokoll ist unverändert geblieben und der Nachweis der Fälschung ist nicht versucht. Es können daher die Angriffe des Angeklagten gegen die Richtigkeit des Protokolls nicht berücksichtigt werden.

Der weitere auf Vernehmung des Nebenklägers als Zeuge gestützte Angriff ist ebenfalls verfehlt. Protokoll und Urteilsgründe ergeben, daß der Nebenkläger nicht als Zeuge vernommen und daß der Beweis der That nicht auf das Zeugnis des Nebenklägers gestützt worden ist. In ersterer Beziehung kommt in Betracht, daß der Nebenkläger, auf dessen Zeugnis der Staatsanwalt für den Fall der Zulassung der Anschließerkklärung verzichtet hatte, im Eingange des Protokolls nicht unter den Zeugen, sondern nach den Zeugen und dem Gutachter „als Nebenkläger“ unter den Erschienenen aufgeführt, daß derselbe ferner inhalts des Protokolls erst nach der Vernehmung der Zeugen und des Gutachters mit seinen Erklärungen gehört worden ist. Hat das Gericht ihn hierbei nicht nur zur Begründung seines Wußantrages, sondern auch über den Gegenstand der Untersuchung selbst gehört, so würden doch hierdurch, selbst im Falle der Zeugnisunfähigkeit des Nebenklägers, prozessuale Normen nicht verletzt worden sein, da dem Gerichte zweifellos die Befugnis zustand, den Nebenkläger zur Aufklärung der Sache zu hören, wie das Gericht zu diesem Zwecke ja selbst das persönliche Erscheinen des Privatklägers nach §. 427 Abs. 3 St. P. O. anordnen kann. Anlangend aber die Urteilsgründe, so ergibt deren Einsicht, daß der Beweis der den Gegenstand der Untersuchung bildenden That nicht auf die Aussage des Nebenklägers, sondern auf das Zeugnis dritter namentlich aufgeführter Personen gestützt worden ist, und daß

allein bei Bemessung der Buße auf die Behauptungen des Nebenklägers Rücksicht genommen ist, was unter allen Umständen für zulässig erachtet werden mußte. Hätte sich aber auch in der That nachweisen lassen, daß der Nebenkläger „als Zeuge“ zur Sache vernommen und dieses Zeugnis bei der Beweisbeurteilung verwertet wäre, so würde die Revision doch auch in diesem Falle unbegründet sein, denn das Gesetz schließt den Nebenkläger an keiner Stelle vom Zeugnisse ausdrücklich aus, und die prozessuale Stellung des Nebenklägers als solche ist mit der Zeugenrolle an sich nicht unvereinbar, wie im Urteile der vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts vom 25. Oktober 1880 in Untersuchungssachen wider H.¹ anerkannt worden ist. Freilich würde in dem vorausgesetzten Falle insofern ein prozessualer Verstoß vorliegen, als die Beeidigung des Nebenklägers nicht erfolgt ist, dieselbe aber nicht unterbleiben darf, wenn der Nebenkläger in der That als Zeuge vernommen wird. Eine entsprechende Rüge ist indessen auch nicht eventuell erhoben worden und kann um so weniger in der Absicht des Beschwerdeführers gelegen haben, als derselbe sich schon durch die unbeeidigte Vernehmung des Nebenklägers beschwert erachtet. Die Revision war daher zu verwerfen.“